

Volker Kunz

Der Handlungsbegriff in der Politikwissenschaft

1. Grundlagen

Der Begriff der Handlung ist in der modernen Politikwissenschaft ein Schlüsselbegriff. Zwar ist die Politikwissenschaft grundsätzlich an Makrophänomenen oder kollektiven Ereignissen wie Streiks, Demonstrationen, Wahlbeteiligungen oder dem Wandel politischer Institutionen interessiert, wann immer aber solche Makrokonstellationen erklärt werden sollen, dürfte ein Bezug auf individualistische (Mikro-) Annahmen erforderlich sein. Dies ist zumindest die Position des methodologischen Individualismus, der in der Politikwissenschaft in den letzten Jahrzehnten eine zunehmende Rezeption erfahren hat. In neuerer Form ist diese Position als strukturell-individualistischer Ansatz bekannt geworden, in dem Handlungserklärungen als Kern einer deduktiv-nomologischen Erklärung politischer Strukturen und sozialer Prozesse gelten (vgl. Coleman 1990: Kap. 1; Esser 1996: Kap. 6; Kunz 1997: Kap. 3).

Die individualistischen Annahmen gehen im allgemeinen von der Differenz zwischen Handeln und Verhalten aus. Als Verhalten charakterisiert man entsprechend Max Weber (1922/1980) einen reaktiven, submotivationalen Prozess, der biologisch bestimmten Reiz-Reaktions-Schemata folgt. Unter Handeln versteht man demgegenüber ein motiviertes Verhalten, d.h. die Individuen sind im Rahmen sozialer Spezifikationen zur klaren Unterbrechung einfacher Stimulus-Response-Reflexe imstande. Daher ist der Mensch nicht nur Objekt, sondern Subjekt und insofern selbst zu den Ursachen des Handelns zu zählen. Handeln in politischen und sozialen Situationen beruht demnach auf einer kombinierten Wirkung biopsychogener und soziogener Faktoren und erzeugt im sozialen und politischen Verbund kollektive Effekte, welche wiederum motivational verarbeitet werden müssen. Insofern sind die verschiedenen (Makro- und Mikro-) Ebenen aus der Perspektive des Handelns untrennbar miteinander verbunden: Handeln ist sozial vermittelt und soziale Verbundenheit setzt Handeln voraus (vgl. Hennen, Springer 1996: 15ff.; Kunz 1997: 233ff.; Schimank 2000: 14ff.).

Im Hinblick auf diese allgemeinen Annahmen besteht in der Politikwissenschaft weitgehende Einigkeit. Traditionell ist allerdings umstritten, wie auf dieser Grundlage vorzugehen und wie der Begriff der Handlung konkret zu verwenden ist. Bis heute gibt es eine relativ festgefahrene Gegenüberstellung zwischen normativistischen und interpretativen Handlungskonzepten und einer rationalistischen Perspektive, was insbesondere mit den Vorstellungen über die Bestimmungsfaktoren des Handelns zusammenhängt. Erstere betonen die sozialkulturelle Einbettung der Handlungssubjekte und begreifen Handeln primär als normgerechtes Rollenhandeln und symbolisch-verständigungsorientiertes Handeln, für letztere beinhaltet Handeln vor allem die individuelle, rational-nutzenmaximierende Wahl zwischen verschiedenen Handlungsalternativen. Insofern steht jede Auseinandersetzung mit dem Handlungsbegriff in den Politik- und Sozialwissenschaften in der fundamentalen Spannung zwischen den Vorstellungen und Annahmen über soziale und normative Gebundenheit und kulturelle Symboldeutungen auf der einen Seite und rationalistischer Zielgerichtetheit auf der anderen Seite (vgl. Elster 1994: 97; Schmid 1997: 272ff.).

2. Handeln als normgerechtes Rollenhandeln

Eine klassische und weitverbreitete Perspektive in der Politikwissenschaft begreift Handeln in erster Linie als normangemessenes und rollengebundenes Handeln in der Tradition von Durkheim und Parsons (vgl. insbesondere Parsons, Shils 1952). Zentrale Annahme ist, dass sich das Handeln der Individuen auf die Regeln und Erwartungen der Gesellschaft zurückführen lässt, wobei Gesellschaft als ein Gefüge sozialer bzw. politischer Positionen verstanden wird, die jeweils mit einer Institution oder Organisation verknüpft sind (vgl. Gross, Mason, McEachern Kap. 4; Hollis 1995: Kap. 8). Beispiele sind etwa die Beziehungen des Lehrers zu seinen Schülern oder diejenigen zu seinen Kollegen und Vorgesetzten. Entscheidend ist nach Dahrendorf (1977: 32), einem der bekanntesten Vertreter dieser Perspektive, dass „zu jeder Stellung, die ein Mensch einnimmt, ... gewisse Verhaltensweisen (kommen), die man von dem Träger dieser Positionen erwartet; zu allem, was er ist, gehören Dinge, die er tut und hat; zu jeder sozialen Position gehört eine soziale Rolle“. Insofern sind soziale Rollen Bündel von

normativen Erwartungen, die sich in einer Gesellschaft an das Handeln der Träger von Positionen knüpfen. Drei Aspekte kennzeichnen damit den in diesem Zusammenhang zentralen Begriff der Rolle (vgl. Dahrendorf 1977: 35; Parsons 1971/2000: 16): Erstens sind soziale oder politische Rollen eine vom Einzelnen prinzipiell unabhängige Menge von Handlungsvorschriften. Zweitens wird der Inhalt von der Gesellschaft bestimmt bzw. durch die jeweiligen gesellschaftlichen Bezugsgruppen festgelegt. Und drittens stehen die in den Rollen gebündelten Handlungserwartungen für den Einzelnen nicht beliebig zur Disposition, sondern haben einen verbindlichen Charakter (wobei sich der Grad der Verbindlichkeit zwischen „Muss-, Kann- und Soll-Erwartungen“ unterscheidet, vgl. Dahrendorf 1977: 38ff.).

Die Erwartungen werden einerseits über Sanktionsmöglichkeiten reguliert, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen: „Wer seine Rolle nicht spielt, wird bestraft; wer sie spielt, wird belohnt, zumindest aber nicht bestraft“ (Dahrendorf 1977: 36). Andererseits werden die Erwartungen und Normen internalisiert und so zu einem eigenständigen Motiv (vgl. Parsons 1949/1994: 181). Der Mensch nimmt die bestehenden gesellschaftlichen Erwartungen in sich auf, verinnerlicht diese und macht sie auf diese Weise zu einem Teil seiner Persönlichkeit: „Erst indem der Einzelne die außer ihm bestehenden Vorschriften der Gesellschaft in sich hinein nimmt und zu einem Bestimmungsgrund seines Verhaltens macht, wird er mit der Gesellschaft vermittelt und als *homo sociologicus* zum zweiten Male geboren“ (Dahrendorf 1977: 57, Hervorhebung VK). Eine entscheidende Rolle spielen hierbei die Sozialisationsinstanzen (vgl. Dahrendorf 1977: 58); so wie es auch Parsons und Shils und viele andere Autoren (wie z.B. Inglehart 1990 oder Putnam 2000) betonen: „The mechanisms of socialization are those mechanisms which form the need-dispositions making for a generalized readiness to fulfill the major patterns of role-expectation which an individual will encounter“ (Parsons, Shils 1952: 227). Der Akteur weiß um die Rollenerwartungen der Gesellschaft, die im Prozess der Sozialisierung zu einem eigenständigen Motiv werden und Sanktionen unterliegen. Soziales und politisches Handeln ist gleich Rollenhandeln und Rollenhandeln ist Ausdruck der Rollenerwartungen, kurz: „Der Mensch verhält sich rollengemäß“ (Dahrendorf 1977: 100).

Diese Vorstellungen sind weit verbreitet und stellen – wenn auch nicht immer explizit genannt – eine zentrale Grundlage der empirischen Einstellungs- und Handlungsforschung in der Politikwissenschaft dar, zum Beispiel in den Bereichen der Wahl-, Parteien- und Parlamentarismusforschung, der politischen Kulturforschung oder der Wertewandels- und Sozialkapitalforschung (vgl. u.a. Dearlove 1995: 478ff.; Inglehart 1990; Putnam 1993, 2000; Marx 2005: 99ff.; Searing 1994). Im Mittelpunkt der meisten Studien steht hier der Zusammenhang zwischen verschiedenen Aspekten politischen Handelns und Kontext- oder Strukturmerkmalen. Die einschlägigen Messvariablen (wie soziale Schicht oder Alter) sind Repräsentanten der sozialen Umwelt, Indikatoren des Kontextes, in dem die Akteure sozialisiert wurden und in dem sie die handlungswirksamen Attitüden gelernt haben. Die Merkmale der Sozialstruktur, die in diesem Zusammenhang vermutlich internalisierten Einstellungen und Werthaltungen und die individuellen Handlungen werden dann im Rahmen empirischer Generalisierungen miteinander in Beziehung gesetzt. Als ein wesentliches Ergebnis der Analysen zeigt sich allerdings, dass diese Verknüpfungen nicht besonders stark ausgeprägt sind. Hier macht sich offensichtlich bemerkbar, dass mit der Zunahme von Rollenkonflikten in einer individualisierten und globalisierten Welt, in der sich die Lebens- und Handlungsbedingungen immer schneller ändern, Erklärungen des Handelns aufgrund der Befolgung von Normen oder sozial geprägter Einstellungen immer schwieriger werden. Normen oder Strukturen sind sehr viel stärker auch unter dem Gesichtspunkt des „Enabling“ zu betrachten (Hennen, Rein 1994: 222), so wie es beispielsweise Searing (1994: 402) im Hinblick auf die Ausfüllung von Parlamentsnormen durch Abgeordnete zum Ausdruck gebracht hat: „The more one studies parliamentary roles up close, the more one is impressed by the fact that they both constrain and enable their players ...“. Diese Problematik wurde bereits frühzeitig in Ansätzen interpretativ-verständigungsorientierten Handelns thematisiert (vgl. z.B. Dreitzel 1968: 122; Shibutani 1961: 47).

3. Handeln als interpretativ-verständigungsorientiertes Handeln

Das interpretativ-verständigungsorientierte Handlungsmodell hat seine Wurzeln im symbolischen Interaktionismus (vgl. Blumer 1969; Goffman 1977; Mead 1934), in der Ethnomethodologie (vgl. Garfinkel 1967) und im amerikanischen Pragmatismus (vgl. Dewey 1931). Innerhalb der Politikwissenschaft sind diese Überlegungen vor allem im Rahmen des stark normativ orientierten Ansatzes von Habermas (1973), in der Analyse von Politik als symbolische Kommunikation durch Edelman (1964) sowie March und Olson (1984, 1989) und im Kontext der politischen Kulturforschung rezipiert worden (vgl. z.B. Hitzler 1994; Soeffner 1994; Rohe 1994). Inzwischen finden sich Arbeiten auf Grundlage eines interpretativen und verständigungsorientierten Handlungsbegriffs in vielen Bereichen der Politikwissenschaft, insbesondere im Rahmen konstruktivistischer und pragmatischer Ansätze in den Internationalen Beziehungen (vgl. Marx 2006: 195ff.; Ulbert 2006; Wendt 1999) und der Policy-Forschung (vgl. Braun 1993, Hofmann 1993; Nullmeier 1997; Saretzki 2003; Schubert 2003). Letztere weist in der amerikanischen Politikwissenschaft allerdings schon seit langer Zeit eine pragmatistische Orientierung auf.

Ihre gemeinsame Grundlage liegt in dem Kerngedanken, dass Handlungsanalysen grundsätzlich den Bezug auf die subjektive Bedeutung der Situation voraussetzen, wobei dieser subjektive Sinn stets sozial vermittelter Sinn ist, ein Produkt, das erst aus einem interaktiven Interpretationsprozess der beteiligten Akteure entsteht. Daher unterliegt Handeln nach diesem Konzept auch keiner direkten normativen Steuerung, so wie es das klassische Rollenmodell vorsieht. Insbesondere wird die von Parsons und Dahrendorf vernachlässigte Tatsache herausgestellt, dass Normen, Strukturen und die Bedeutung politischer Institutionen nicht unumstritten und selbstverständlich gegeben, sondern durch einen variablen Deutungsprozess bestimmt sind, denn der Sinngehalt von Handlungen anderer Akteure ist nicht zweifelsfrei festgeschrieben; in den Worten von Wilson (1973: 61), einem zentralen Vertreter dieser Perspektive: „Nach dem interpretativen Paradigma können daher, im Unterschied zum normativen Paradigma, Situationsdeutungen und Handlungen nicht als ein für allemal, explizit oder implizit, getroffen und festgelegt angesehen werden ... Vielmehr müssen Situationsdefinitionen und Handlungen angesehen werden als Interpretationen, die von den an der Interaktion Beteiligten an den einzelnen *Ereignisstellen* der Überarbeitung und Neuformulierung unterworfen sind“ (Hervorhebung im Original). Wenn aber die Bedeutung von Normen, Werten und Institutionen erst aus Interaktionen resultiert, dann lässt sich Handeln eben nicht nur aufgrund ihrer Internalisierung in der Sozialisationsphase und entsprechend festgeschriebener Interpretationsmuster erklären. Vielmehr bedarf Handeln immer einer wechselseitigen Orientierung im Rahmen einer symbolisch interpretierten bis strategisch hergestellten Definition der Situation durch die handelnden Akteure, wobei der Bezug auf das vorhandene Hintergrundwissen wesentlich ist: Im kognitiven System der Akteure werden – in der Sprache der neueren sozial- und kognitionspsychologischen Forschung – mentale Schemata, kognitive Muster, „classier systems“ oder „frames“ verortet, die die Möglichkeit bieten, Informationen auf einfache Weise nach ihrer jeweiligen Bedeutung einzuteilen. Goffman (1977: 31) spricht hier beispielsweise von „primäre(n) Rahmen“, die den Handelnden die Lokalisierung, Wahrnehmung, Identifikation und Benennung einer anscheinend unbeschränkten Zahl konkreter Vorkommnisse“ ermöglichen.

Auf dieser Grundlage werden in einem interaktiven und kreativen Prozess der symbolischen Kommunikation die Bedeutungen, der subjektive Sinn der Handelnden, wechselseitig interpretiert und vermittelt. Die Handlungssubjekte bemühen sich so sich um gemeinsame Deutungen der verbalen und nicht-verbalen Symbole, wobei der Kommunikationsprozess selbst niemals abgeschlossen ist (vgl. Wilson 1973: 56). In dieser Perspektive begreift der interpretative Handlungsbegriff Bewusstseinsprozesse prinzipiell als schöpferische Leistungen und Handlungen sind in dieser Hinsicht grundsätzlich kontingent. Daher erscheint das Handeln auch nicht eindeutig determiniert, was Folgen für den Erkenntnisprozess hat: „Objektive“ kausale Erklärungen scheinen unter diesen Bedingungen nicht möglich, sondern es bedarf einer Phänomenologie des Akteurshandels, des hermeneutischen Erschließens, des individuellen „Sich-Hineinversetzens“ in die Lebenswelt der Akteure, um Handlungen nachzuvollziehen (vgl. Braun 1997: 62ff.; Patzelt 1997: 102ff., 198ff.; Schubert 2003: 51ff.). Auf dieser Basis werden in der Politikwissenschaft zum Beispiel die Beziehungen zwischen Bürgern und Politikern als Prozess politischer Kommunikation über Symbole thematisiert oder im Rahmen der Konfliktforschung die Wandelbarkeit von Interessen und Präferenzen herausgestellt, da die Bedeutung von Institutionen und Strukturen nicht eindeutig vorgegeben ist (s.o.). Allerdings sind die hermeneutischen Analysen auf Grundlage des interpretativen Handlungsmodells in der empirisch-analytischen Politikwissenschaft vor allem in methodologischer Hinsicht umstritten (vgl. z.B. Druwe 1995; Opp 2005). Hier geht es immer auch um eine von subjektiven Parametern möglichst unabhängige Erkenntnis im Sinne kausal-nomologischer Erklärungen des Handelns und daraus resultierender kollektiver Phänomene. Diese Perspektive ist grundlegend für Ansätze, die auf Basis eines rationalen Handlungsbegriffs operieren.

4. Handeln als rational-nutzenmaximierendes Handeln

Die Sichtweise, Handeln als rational-nutzenmaximierendes Handeln zu betrachten, ist seit den 1950er Jahren für viele politikwissenschaftliche Untersuchungen prägend. Grundlegend sind die Arbeiten von Downs (1957) zum Wahlverhalten und zur Parteienkonkurrenz, von Arrow (1951) und Black (1958) zur Logik kollektiver Entscheidungen, von Olson (1965) zur Entstehung von Interessengruppen und zur Produktion kollektiver Güter, von Downs (1967) und Niskanen (1971) zum bürokratischen Handeln sowie von Riker (1962) und Buchanan und Tullock (1962) zur Koalitions- und Verfassungsbildung. Weiterführende Untersuchungen finden sich heute auf allen Gebieten der Politikwissenschaft (vgl. Behrends 2001; Braun 1999; Hindmoor 2006; Kirsch 2004; Kunz 2004, 2008).

Gemeinsam ist allen Anwendungen eine entscheidungstheoretische Sichtweise, nach der prinzipiell Entscheidungssituationen zwischen verschiedenen Handlungsalternativen oder Strategien betrachtet werden und die Selektion der Alternativen elementaren Kosten-Nutzen-Kalkülen folgt. Diese ökonomische Rationalität wird in den meisten Anwendungen überwiegend in Form formalisierter Wert-Erwartungskonzepte, im Rahmen der Marginalanalyse oder spieltheoretischer Modellierungen behandelt. In jeder Variante gehört zu den Kernannahmen

rational-nutzenmaximierenden Handelns, dass Handlungen durch die Ziele des Handelns bestimmt werden. Inwieweit sich die Ziele realisieren lassen, hängt von den Restriktionen, d.h. den Handlungsbeschränkungen und Handlungsmöglichkeiten in einer Situation, ab (z.B. Zeit, Einkommen, Macht), was bedeutet, dass sich die Akteure an knappen Mitteln orientieren. Auf dieser Grundlage ordnen und selektieren die Akteure verschiedene Handlungsmöglichkeiten nach Effizienzmaßstäben, d.h. sie folgen dem Prinzip der Nutzenmaximierung: Die Handlungssubjekte führen solche Handlungen aus, die unter Berücksichtigung der Handlungsrestriktionen und Handlungsmöglichkeiten ihre Ziele in höchstem Maße realisieren. Diese „homo oeconomicus“-Annahme über die Rationalität des Handelns entspricht einer allgemeinen Gesetzaussage und lässt sich damit auf alle möglichen politischen und sozialen Handlungsbereiche anwenden. Traditionell operieren politikwissenschaftliche Anwendungen in der Regel noch mit zusätzlichen Modellvorstellungen, die die Analysen in der Regel vereinfachen, aber konzeptionell nicht zwingend sind (vgl. Kunz 1996; Opp 1999). Dazu gehört insbesondere die Annahme egoistischer, nur auf die eigene Person gerichteter Bedürfnisbefriedigung, die nicht an moralischen Vorstellungen oder den normativen Erwartungen Anderer orientiert ist, sowie die Annahme, dass die Handlungssubjekte vollständig über die relevanten Handlungsalternativen und die zu erwartenden Handlungskonsequenzen informiert sind (was für den „homo oeconomicus“ bedeutet, dass er auf der Grundlage stabiler Präferenzen handelt). Damit lassen sich zwar interessante Einsichten über paradoxe oder unintendierte Effekte individuellen Handelns auf der Makroebene der Gesellschaften erzielen (vgl. Kunz 2004: Kap. 4). Letztlich implizieren diese häufig getroffenen Annahmen über die Nutzen- und Wahrscheinlichkeitsfunktionen der Handlungssubjekte aber eine Rationalität des Handelns, die an „objektiven“ Maßstäben gemessen wird. Entsprechend zahlreich sind die Anomalien, die in der empirischen Forschung aufgedeckt wurden, was zu vielfältiger Kritik an der Analyse politischer Prozesse auf Grundlage des Konzepts rational-nutzenmaximierenden Handelns geführt hat (vgl. Druwe, Kunz 1998).

Im Rahmen von Ansätzen „begrenzter Rationalität“ wird auf die kritischen Zusatzannahmen verzichtet und die Maximierungsannahme zugunsten einer „Satisficing-Regel“ aufgelöst (Simon 1955, 1978, 1993). Dies bedeutet, dass es nicht um die Suche nach der „objektiv“ besten Handlungsalternative geht, sondern um die Suche nach einer befriedigenden Handlungsalternative, d.h. es werden auch Alternativen gewählt, die subjektiv zu den zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhandenen Informationen gut genug sind. Da sich der Unterschied zwischen „maximizing“ und „satisficing“ damit in erster Linie auf die Informationsbasis der Selektion bezieht, lässt sich „satisficing“ auch als maximierende Strategie unter dem Einfluss der subjektiven Definition der Situation betrachten. Mit dieser expliziten Subjektivierung der Idee rational-nutzenmaximierenden Handelns ist es möglich, die zahlreichen Anomalien zu entkräften. Hierbei ist die Überlegung wesentlich, dass sich die Begrenztheit der Rationalität selbst wieder aus einer Rationalität „inneren“ Handelns erklären lässt, weil es sich um eine effiziente Entlastung der Akteure von aufwendigen Such- und Entscheidungsprozessen handelt (vgl. Esser 1990; Kunz 1997: 213ff., 2004: 155ff.): In den komplexen Interaktionsfeldern, wie sie für das gesellschaftliche und politische Leben üblich sind, würde das Maximieren auf alle denkbaren Alternativen zu einer kognitiven Überlastung der Akteure führen, die Funktionsbedingungen des Organismus in Frage stellen und daher außerordentlich kontraproduktiv sein.

Diese Vorstellungen bieten eine vielversprechende Grundlage, empirische, deduktiv-nomologische Erklärungen politischen Handelns bzw. daraus resultierender politischer Strukturen und Prozesse auch unter den Bedingungen beschränkter Rationalität zu formulieren. Vor allem Karl-Dieter Opp hat zahlreiche empirische Untersuchungen zu politikwissenschaftlichen Problemstellungen auf Basis einer solchen weiten Fassung rational-nutzenmaximierenden Handelns durchgeführt (vgl. u.a. Opp, Roehl 1990; Opp, Voß, Gern 1993, Opp 1997). Allerdings ist diese Position in der Literatur nicht unumstritten (vgl. z.B. Bohmann 1992; Green, Shapiro 1994). Die Haupteinwände gegen diese Version des Konzepts rationalen Handelns, wie das Argument tautologischer Handlungserklärungen, sind allerdings nicht haltbar (vgl. Kunz 2004: Kap. 5; Opp 1999).

6. Schlussbemerkung

Gemeinsam ist allen Handlungskonzepten, dass es ihnen um die Analyse individuellen Handelns in politischen oder sozialen Situationen geht. Der wichtigste Unterschied besteht nach vorherrschender Auffassung in der Annahme, dass Handeln als maximierendes Wahlhandeln zu modellieren ist. Normangemessenes, rollengebundenes und verständigungsorientiertes Handeln folgt demnach anderen Kriterien als rational-nutzenmaximierendes Handeln. Im rollentheoretischen Handlungskonzept ergibt sich Handeln aus den gegebenen, nicht zur Disposition stehenden Neigungen der Akteure normgerecht und rollengemäß zu handeln, was bedeutet, dass sich der Akteur in einer Situation befindet, in der er letztlich keine Wahl hat. Dies wird zwar im interpretativen Ansatz anders gesehen, die theoretisch modellierte Flexibilität und Kreativität des Handelns geht jedoch mit dem Verzicht auf klar formulierte Kausalrelationen über die „Logik der Selektion“ einher, weshalb wissenschaftliche Erklärungen, die den aus empirisch-analytischer Sicht zentralen Kriterien einer deduktiv-nomologischen Vorge-

hensweise genügen, nicht möglich sind. Ist man aber an solchen Erklärungen interessiert, dann bietet die weite Fassung rational-nutzenmaximierenden Handelns zumindest die Option, eine Brücke zu den rollentheoretischen und interpretativen Ansätzen zu schlagen. Dies zeigen sowohl die Versuche, Vereinfachungsstrategien im Hinblick auf die Wahl der Mittel („habits“) und die Struktur der Ziele („framing“) als eine rationale Wahl zu modellieren, als auch die Überlegungen, im Rahmen einer sozialen Nutzenfunktion, wie man sie schon von Adam Smith und anderen Vertretern der Schottischen Moralphilosophie kennt, normative und moralische Orientierungen in das Konzept rational-nutzenmaximierenden Handelns zu integrieren (vgl. u.a. Arrow 1967; Esser 2001: 239ff.; Hennen, Kunz 2002; Lindenberg, Frey 1993; Margolis 1982). Für diese Perspektive sprechen auch die in den Politik- und Gesellschaftswissenschaften nur wenig rezipierten sozial- und motivationspsychologischen Ansätze, die ebenfalls an den ökonomischen Maximierungsgedanken anknüpfen und zugleich die soziale Einbettung der Individuen und ihre subjektive Definition der Situation betonen (vgl. Kunz 1997: 178ff.).

Die Diskussion hierzu ist nicht abgeschlossen (vgl. z.B. Kron 2005), und häufig überwiegt eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Tragfähigkeit entsprechender Überlegungen. Dennoch ergeben sich zumindest Ansatzpunkte, dass sich auf Grundlage des rationalen Handlungskonzeptes ein integratives und zugleich sparsames Handlungsmodell entwickeln lässt, das Formalisierungen, empirische Hypothesenprüfung und kausale Erklärungen ermöglicht, was für die erfahrungswissenschaftlich und empirisch ausgerichtete Politikwissenschaft ein zentrales Anliegen darstellt.

Literatur

- Arrow, K. J. (1951): *Social Choice and Individual Values*. New York: Wiley
- Arrow, K. J. (1967): *The Place of Moral Obligation in Preference Systems*. In: Hook, S. (Hg.): *Human Values and Economic Policy*. New York: New York University Press, 117-119
- Behrends, S. (2001): *Neue Politische Ökonomie*. München: Vahlen
- Black, D. (1958): *The Theory of Committees and Elections*. Cambridge: Cambridge University Press
- Blumer, H. (1969): *Symbolic Interactionism*. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice Hall
- Bohmann, J. (1992): *The Limits of Rational Choice Explanation*. In: Coleman, J. S., Fararo, T. J. (Hg.): *Rational Choice Theory. Advocacy and Critique*. Newbury Park u.a.: Sage, S. 207-228
- Braun, D. (1993): *Politische Steuerungsfähigkeit in intermediären Systemen am Beispiel der Forschungsförderung*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 34, 249-271
- Braun, D. (1997): *Handlungstheoretische Grundlagen in der empirisch-analytischen Politikwissenschaft*. In: Benz, A., Seibel, W. (Hg.): *Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft – eine Zwischenbilanz*. Baden-Baden: Nomos, 45-74
- Braun, D. (1999): *Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft*. Opladen: Leske u. Budrich
- Buchanan, J. M. & Tullock, G. (1962): *The Calculus of Consent. Logical Foundations of Constitutional Democracy*. Ann Arbor: University of Michigan Press
- Coleman, J. S. (1990): *Foundations of Social Theory*. Harvard: Harvard University Press
- Dahrendorf, R. (1977): *Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle*. 15. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Dearlove, J. (1995): *Putting Humpty Together Again: Homo Sociologicus, Homo Economicus and the Political Science of the British State*. In: *European Journal of Political Research*, 27, 477-505
- Dewey, J. (1931): *The Development of American Pragmatism*. In: Dewey, J.: *Philosophy and Civilization*. New York: Milton & Balch, 13-35
- Downs, A. (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper u. Row
- Downs, A. (1967): *Inside Bureaucracy*. Boston: Little Brown
- Dreitzel, H.-P. (1968): *Die gesellschaftlichen Leiden und das Leiden an der Gesellschaft*. Stuttgart: Enke
- Druwe, U. (1995): *Politische Theorie*. 2. Auflage. Neuried: Ars una
- Druwe, U., Kunz, V. (Hg.) 1998: *Anomalien in der Handlungs- und Entscheidungstheorie*. Opladen: Leske u. Budrich
- Edelman, N. (1964): *The Symbolic Uses of Politics*. Urbana, Chicago: University of Illinois Press
- Elster, J. (1994): *The Cement of Society. A Study of Social Order*. Reprint. Cambridge: Cambridge University Press
- Esser, H. (1990): *'Habits', 'Frames' und 'Rational Choice'*. Die Reichweite von Theorien der rationalen Wahl (am Beispiel der Erklärung des Befragtenverhaltens). In: *Zeitschrift für Soziologie*, 19, 231-247
- Esser, H. (1996): *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. 2. Auflage. Frankfurt, New York: Campus
- Esser, H. (2001): *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band VI: Sinn und Kultur*. Frankfurt, New York: Campus
- Garfinkel, H. (1967): *Studies in Ethnomethodology*. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice Hall
- Goffman, E. (1977): *Rahmen-Analyse*. Frankfurt: Suhrkamp
- Green, D.P. & Shapiro, I. (1994): *Pathologies of Rational Choice Theory: A Critique of Applications in Political Science*. New Haven: Yale University Press
- Gross, N., Mason & W. S., McEachern, A. W. (1958): *Explorations in Role Analysis*. London, New York: Wiley
- Habermas, J. (1973): *Technik und Wissenschaft als 'Ideologie'*. Frankfurt: Suhrkamp
- Hennen, M., & Kunz, V. (2002): *Theorie des Handelns*. In: Endruweit, G., Trommsdorff, G. (Hg.): *Wörterbuch der Soziologie*. 2. völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart: Lucius u. Lucius, 610-615
- Hennen, M. & Rein T. (1994): *Bindung und Motivation als implizite Annahmen der 'Rational Choice'-Theorie*. In: Druwe, U., Kunz, V. (Hg.): *Rational Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen*. Opladen: Leske u. Budrich, 206-242
- Hennen, M. & Springer, E. (1996): *Handlungstheorien – Überblick*. In: Druwe, U. & Kunz, V. (Hg.): *Handlungs- und Entscheidungstheorie in der Politikwissenschaft. Einführung in Konzepte und Forschungsstand*. Opladen: Leske u. Budrich, 12-41
- Hindmoor, A. (2006): *Rational Choice*. Houndmills: Palgrave

- Hitzler, R (1994): Symbolisierende Politik – oder: Der strategische Rekurs auf Erfahrungstendenzen. In: Patzelt, W. J. (Hg.): Politische Symbolik. Arbeitskreis „Soziologie politischen Handelns. Dokumentation 3. Dresden
- Hofmann, J. (1993): Implizite Theorien der Politik. Interpretationsprobleme regionaler Technologiepolitik. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Hollis, M. (1995): Soziales Handeln. Eine Einführung in die Philosophie der Sozialwissenschaften. Berlin: Akademie-Verlag
- Inglehart, R. (1990): Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt, New York: Campus
- Kirsch, G. (2004): Neue Politische Ökonomie. 5. Auflage. Stuttgart: Lucius u. Lucius
- Kron, T. (2005): Der komplizierte Akteur. Münster: Lit-Verlag
- Kunz, V. (1996): Empirische Ökonomik. Handlungstheoretische Grundlagen der Erklärung politischer und sozialer Prozesse. Marburg: Metropolis
- Kunz, V. (1997): Theorie rationalen Handelns. Konzepte und Anwendungsprobleme. Opladen: Leske u. Budrich
- Kunz, V. (2004): Rational Choice. Frankfurt, New York: Campus
- Kunz, V. (2008): Die Konflikttheorie der Rational Choice-Theorie. In: Bonacker, T. (Hg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. 4. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 461-484
- Lindenberg, S. & Frey, B. S. (1993): Alternatives, Frames, and Relative Prices: A Broader View of Rational Choice Theory. In: Acta Sociologica, 36, 191-205
- March, J. G. & Olson, J. P. (1984): The New Institutionalism: Organizational Factors in Political Life. In: American Political Science Review, 78, 734-749
- March, J. G. & Olson, J. P. (1989): Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics. New York: Free Press
- Margolis, H. (1982): Selfishness, Altruism, and Rationality. A Theory of Social Choice. Cambridge u.a.: Cambridge University Press
- Marx, J. (2005): Sozialkapital und seine handlungstheoretischen Grundlagen. Marburg: Tectum
- Marx, J. (2006): Vielfalt oder Einheit der Theorien in den Internationalen Beziehungen. Baden-Baden: Nomos
- Mead, G. H. 1934: Mind, Self and Society. Chicago: University Press of Chicago
- Niskanen, W. A. (1971): Bureaucracy and Representative Government. Chicago u.a.: Aldine-Atherton
- Nullmeier, F. (1997): Interpretative Ansätze in der Politikwissenschaft. In: Benz, A., Seibel, W. (Hg.): Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft – eine Zwischenbilanz. Baden-Baden: Nomos, 101-144
- Olson, M. (1965): The Logic of Collective Action. Cambridge: Harvard University Press
- Opp, K.-D. (1997): Die enttäuschten Revolutionäre: politisches Engagement vor und nach der Wende. Opladen: Leske u. Budrich
- Opp, K.-D. (1999): Contending Conceptions of the Theory of Rational Action. In: Journal of Theoretical Politics, 11, 171-202
- Opp, K.-D. (2005): Methodologie der Sozialwissenschaften. Einführung in Probleme ihrer Theoriebildung und praktischen Anwendung. 6. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Opp, K.-D. & Roehl, W. (1990): Der Tschernobyl-Effekt. Eine Untersuchung über die Ursachen politischen Protests. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Opp, K.-D., Voß, P. & Gern, C. (1993): Die volkseigene Revolution. Stuttgart: Klett Cotta
- Parsons, T. (1994): Akteur, Situation und normative Muster. Ein Essay zur Theorie sozialen Handelns (zuerst 1949). Frankfurt: Suhrkamp
- Parsons, T. (2000): Das System moderner Gesellschaften. 6. Auflage (zuerst 1971). München: Juventa
- Parsons, T. & Shils, E. A. (1952): Values, Motives, and Systems of Action (with the Assistance of J. Olds). In: Parsons, T & Shils, E. A. (Hg.): Toward a General Theory of Action. 2. Auflage. Cambridge: Harvard University Press, 45-275
- Patzelt, W. J. (1997): Einführung in die Politikwissenschaft. Passau: Rothe
- Putnam, R. D. (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy (with R. Leonardi and R. Y. Nanetti). Princeton, N.J.: Princeton University Press
- Putnam, R. D. (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon and Schuster
- Riker, W. H. (1962): The Theory of Political Coalitions. New Haven: Yale University Press
- Rohe, K. (1994): Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzeptes. In: Niedermayer, O., von Beyme, K. (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin: Akademie-Verlag, 1-21
- Saretzki, T. (2003): Aufklärung, Beteiligung und Kritik: Die „argumentative Wende“ in der Policy Analyse. In: Schubert, K., Bandelow, N. (Hg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München, Wien: Oldenbourg, 391-418
- Schimank, U. (2000): Handeln und Strukturen. München: Juventa
- Schmid, M. (1997): Zum Verhältnis soziologischer und ökonomischer Handlungstheorie. Paradigmenwechsel in der Sozialtheorie? In: Fischer, M., Hoyningen-Huene, P. (Hg.): Paradigmen. Frankfurt: Lang, 264-292
- Schubert, K. (2003): Pragmatismus, Pluralismus, Policy Analysis: Ursprünge und theoretische Verankerung der Policy Analyse. In: Schubert, K., Bandelow, N. (Hg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München, Wien: Oldenbourg, 37-70
- Searing, D. D. (1994): Westminster's World: Understanding Political Roles. Cambridge: Harvard University Press
- Shibutani, T. (1961): Society and Personality. An Interactionist Approach to Social Psychology. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice-Hall
- Simon, H. A. (1955): A Behavioral Model of Rational Choice. In: Quarterly Journal of Economics, 69, 99-118
- Simon, H. A. (1978): Rationality as Process and Product of Thought. In: American Economic Review, 68, 1-16
- Simon, H. A. (1993): Homo rationalis. Die Vernunft im menschlichen Leben. Frankfurt, New York: Campus
- Soeffner, H.-G. (1994): Populisten, Profiteure, Handelsagenten und Schausteller ihrer Gesellschaften. In: Berking, H. et al. (Hg.): Politikertypen in Europa. Frankfurt: Fischer, 29-279
- Ulbert, C. (2006): Sozialkonstruktivismus. In: Schieder, S., Spindler, M. (Hg.): Theorien der internationalen Beziehungen. 2. Auflage. Opladen: UTB, Verlag Barbara Budrich, 391-420
- Weber, M. (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. 5. rev. Auflage, Studienausgabe (zuerst 1922). Tübingen: Mohr
- Wendt, A. (1999): Social Theory of International Politics. Cambridge: Cambridge University Press
- Wilson, T. P. (1973): Theorien der Interaktion und Modelle soziologischer Erklärung. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit, Bd. 1: Symbolischer Interaktionismus und Ethnomethodologie. Reinbek: Rowohlt, 54-79

Prof. Dr. Volker Kunz, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Politikwissenschaft, 55099 Mainz
kunz@politik.uni-mainz.de